



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Aktuellen Stunde: Mit welchen konkreten Maßnahmen unterstützt die Landesregierung die Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine?

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 23.03.2022

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Bilder zerstörter Wohnhäuser, Krankenhäuser und Schulen aus der Ukraine sind schockierend. Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung sind keine Unfälle. Die Kriegsverbrecher im Kreml bombardieren gezielt Wohnviertel. Sie wollen die Ukrainer so zur Flucht treiben. Nicht zum ersten Mal versucht Russland unser Europa mit Flüchtlingen zu destabilisieren. Was ihm leider in der Vergangenheit zum Teil gelungen ist, wird ihm diesmal nicht gelingen. Die Staaten Europas, auch Osteuropas, sind bereit geflüchtete Menschen aufzunehmen.

Deutlich über 200.000 Menschen sollen schon nach Deutschland geflüchtet sein. Aufgrund der nicht erfassten Unterbringung in privaten Haushalten könnte die Zahl durchaus höher sein. Das Land NRW und viele Kommunen sind aber im Gegensatz zu 2015/16 besser vorbereitet. Wir haben Platzkapazitäten in den Unterbringungseinrichtungen aufrecht erhalten.

So können wir in den ersten Wochen mehrere tausend schutzsuchende Menschen in den Landeseinrichtungen aufnehmen und haben einen Puffer vor der Verteilung auf die Kommunen geschaffen. Wir wissen aber auch genau, dass dies alleine nicht ausreicht.

Die Entwicklung ist sehr dynamisch und die Lage wird sich weiter verschärfen. Freie Kapazitäten sind vielfach nicht mehr frei. Städte und Gemeinden stellen kurzfristig Turn- und Bürgerhallen zur Verfügung. Als Land wollen wir zum Beispiel leerstehende

Bundesimmobilien nutzen. Zusammen mit der Stadt Düsseldorf haben wir Messehallen für die Geflüchteten geöffnet.

Gleichzeitig gibt es ein ungeheures privates Engagement. Das Gymnasium Haus Overbach in meinem Nachbarkreis Düren hat seine Seminarräume zu Unterküften umgestaltet und mit einem Bus Flüchtlinge von der ukrainisch-polnischen Grenze abgeholt. Eine Unternehmerin im selbigen Kreis, die eigentlich an der Eröffnung einer Herberge arbeitet, hat nun eine ukrainische Familie dort aufgenommen.

Das sind nur zwei Beispiele des vielfältigen privaten Engagements, für das wir dankbar sein können. Die Herausforderungen für die Städte und Gemeinden bleiben aber sicher bestehen.

2015/16 haben die Kommunen lange auf Hilfe vom Land gehofft und gewartet. Erst mit dem Regierungswechsel 2017 und der NRW-Koalition wurde gehandelt. Wir haben das Flüchtlingsaufnahmegesetz reformiert und stellen den Städten und Gemeinden mehr Gelder zur Verfügung. Wir haben mit dem Asyl-Stufenplan für eine geringere Zuweisung an die Kommunen gesorgt. Wir werden die Städte und Gemeinden in unserem Land auch jetzt nicht im Regen stehen lassen.

Daher bin ich sehr dankbar für die klaren Worte unseres Flüchtlingsministers Dr. Joachim Stamp: Wir brauchen einen Masterplan von Bund, Ländern und Kommunen mit koordinierten Maßnahmen, um zeitnah bis zu eine Million Schutzsuchende in Deutschland aufnehmen zu können.

Die Städte und Gemeinden erwarten zu Recht von Bund und Land eine finanzielle Unterstützung, um Wohnraum, Versorgung und Betreuung der neuen Flüchtlinge sicherstellen zu können. Bund und Länder sind darüber genauso im Gespräch, wie das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden. Wir wollen den Städten und Gemeinden schnell und unbürokratisch helfen.

Wir werden in dieser akuten Lage die Kommunen nicht im Stich lassen. Das gilt nicht nur bei der Finanzierung, sondern genauso für die Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Damit sie nicht den ganzen Tag an das Grauen des Krieges erinnert werden, wollen und werden wir Betreuungs- und Bildungsangebote schaffen. In den Schulen werden Willkommensklassen

gebildet, in denen Kinder und Jugendliche zunächst vorrangig die deutsche Sprache erlernen, um möglichst bald am regulären Unterricht teilnehmen zu können.

Im Kita-Bereich setzen wir auf die bewährten Brückenprojekte mit Spielmöglichkeiten und einem kindgerechten Deutschlern-Angebot. Dabei wollen wir auch pensionierte Erzieherinnen einsetzen und soweit möglich die Mütter mit einbeziehen.

Bei der Herausforderung der Registrierung unterstützt das Land besonders betroffene Städte. Wir wissen, dass aufgrund der visafreien Einreise Flüchtlinge ihren Zielort zunächst frei wählen können und sich dabei meist an bekannten Städten orientieren. Eine Registrierung erfolgt dann häufig erst im Nachhinein, wenn Leistungen beantragt werden.

Hier sollten wir die Verteilung der Schutzsuchenden frühzeitig in die richtigen Bahnen lenken. Ich danke Bundesverkehrsminister Volker Wissing, dass er Sonderzüge aus Polen auf den Weg gebracht hat und ein Drehkreuz am Messebahnhof Hannover eingerichtet hat, um so eine ausgeglichene Verteilung gemäß dem Königsteiner Schlüssel zu erreichen.

Eines ist aber auch klar: Eine menschenwürdige Unterbringung werden wir nur sicherstellen, wenn es eine internationale Verteilung gibt und sich alle EU-Mitgliedstaaten, aber auch außereuropäische Länder wie zum Beispiel Kanada beteiligen. Anders als 2015/16 bin ich hier jedoch optimistischer gestimmt.

Wir stehen – erneut – vor einer gesamtgesellschaftlichen Herausforderung. Wir, die NRW-Koalition, stellen uns dieser und werden die Kommunen dabei nicht im Regen stehen lassen.

Vielen Dank!